

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Heitmeyer, Wilhelm
Deutsche Zustände

Folge 8
Herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 2602
978-3-518-12602-8

edition suhrkamp 2602

In der Reihe *Deutsche Zustände* werden die Ergebnisse einer Langzeitstudie zu Erscheinungsweisen, Ursachen und Entwicklungen *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* publiziert. Dieses Syndrom umfaßt Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, die Abwertung von Obdachlosen, Homosexuellen, Behinderten und Langzeitarbeitslosen, die Einforderung von Etabliertenvorrechten sowie Islamophobie und Sexismus.

Die Untersuchung dieses Spektrums von Vorurteilen, Abwertung und Diskriminierung wird in dieser Folge in den Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise gestellt, die sich zu einer Fiskalkrise ausweiten könnte. Dann steht auch die Frage auf der Tagesordnung, was dies für die Kernnormen dieser Gesellschaft wie Gerechtigkeit, Solidarität und Fairneß bedeutet und damit für den sozialen Zusammenhalt. Genießen schwache Gruppen dann noch gleiche Rechte und den Schutz – oder wird zum Beispiel das Recht auf Gleichwertigkeit aufgekündigt? Mögliche politische Folgen wie etwa der Rechtspopulismus werden sowohl in den empirischen Analysen verfolgt als auch im Interview sowie in einem Ausblick auf Europa.

Wilhelm Heitmeyer leitet das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld.

Deutsche Zustände

Folge 8

*Herausgegeben von
Wilhelm Heitmeyer*

Suhrkamp

edition suhrkamp 2602
Erste Auflage 2010
© Suhrkamp Verlag Berlin 2010
Originalausgabe

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das
der Übersetzung, des öffentlichen Vortrags sowie der
Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen,
auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Jung Crossmedia Publishing, Lahnau

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12602-8

Inhalt

Vorwort

Deutsche Zustände Das Jahr 2009: Denkwürdige Erinnerungen und unübersichtliche Krisen	9
---	---

I. Das Problem

Wilhelm Heitmeyer Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitungen und Folgen für die <i>Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit</i>	13
--	----

II. Empirische Analysen

Jürgen Mansel/Viktoria Spaiser Ängste und Kontrollverluste. Zusammenhänge mit <i>Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit</i>	49
---	----

Andreas Zick/Rebecca Lobitz/Eva Maria Groß Krisenbedingte Kündigung der Gleichwertigkeit	72
---	----

Claudia Dalbert/Andreas Zick/Daniela Krause Die Leute bekommen, was ihnen zusteht. Der Glaube an die gerechte Welt und die <i>Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit</i>	87
--	----

Veronika Schmid/Matthias Bös Aufbruchsstimmung in Krisenzeiten – oder hoffnungslos unzufrieden?	107
---	-----

Julia Becker/Ulrich Wagner/Oliver Christ Ursachenzuschreibungen in Krisenzeiten: Auswirkungen auf Antisemitismus und Fremden- feindlichkeit	128
--	-----

Felix Knappertsbusch/Udo Kelle »Mutterland des nomadisierenden Finanzkapitals« – Zum Verhältnis von Antiamerikanismus und Antisemitismus vor dem Hintergrund der Finanzkrise	144
---	-----

Anna Klein/Wilhelm Heitmeyer Wenn die Wut kein politisches Ventil findet. Politische Kapitulation und die Folgen für schwache Gruppen	164
--	-----

III. Fallgeschichten

Soziale Zustände in Krisenzeiten. Eine Einführung in die Beiträge	190
Ulrike Demmer Szenen einer Gesellschaft. Aggressivität im Alltag	192
Alex Rühle Was zählen Werte in Zeiten der Krise?	202
Eva Müller Einfach aussortiert – Wie geht es den Hartz-IV-Kindern? ...	209
Günter Wallraff Die Abschaffung von Würde	223

IV. Gefährliche menschenfeindliche Vorgänge

Rechtsextremismus zwischen Normalisierung und Gewalt. Eine Einführung in die Beiträge	235
Matthias Drobinski/Roland Preuß Angst vor der Tagesordnung	238
Dierk Borstel »Braun gehört zu Bunt dazu!« – Ein Bericht aus Anklam und Umgebung	245
Liane Czeremin Das Tor aus den Augen verloren. In Colditz zerfällt ein Bündnis gegen Rechtsextreme	259
Olaf Sundermeyer Eine Feuerwehr ist auch politisch wachsam	269

V. Politische Analysen zu Krisen und Demokratie

Ratlose Politik und Demokratieentleerung. Eine Einführung in die Beiträge	281
»Keine Aussicht auf eine Repolitisierung in Zeiten der Krise.« Claus Offe im Gespräch mit Gunter Hofmann (<i>Die Zeit</i>) und Wilhelm Heitmeyer	283
Heribert Prantl Demokratiealarm. Wie die Kapitaldelikte die Gesellschaft in eine kapitale Krise führten und wie man aus dieser Krise wieder herauskommt	296
Werner A. Perger Völkischer Populismus in Europa	305
<i>Die Autorinnen und Autoren</i>	315
Deutsche Zustände Verzeichnis der empirischen GMF-Analysen in den Folgen 1 bis 7	317

VORWORT

Deutsche Zustände

Das Jahr 2009: Denkwürdige Erinnerungen und unübersichtliche Krisen

Im Jahr 2009 gibt es viel zu feiern, zu erinnern und auch zu trauern. Man begeht die Jahrestage denkwürdiger Ereignisse (20 Jahre Mauerfall, 60 Jahre Grundgesetz, 70 Jahre Beginn des Zweiten Weltkrieges, 90 Jahre Weimarer Reichsverfassung, 160 Jahre Paulskirchenverfassung etc.), die im kollektiven Gedächtnis der Republik haftenbleiben sollen. Blickt man zurück, so lässt sich eine verantwortungsvolle Aufarbeitung dieser historischen Ereignisse konstatieren, die oft von dramatischen politischen Krisen und Konflikten begleitet waren.

80 Jahre nach der Weltwirtschaftskrise, die im Oktober 1929 begann, haben wir es zudem erneut mit einer historischen ökonomischen Krise zu tun. Die Finanzkrise, die im September 2008 mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers einen ersten Höhepunkt erreichte, wirft weitreichende politische und soziale Fragen auf. Die wichtigste ist nach wie vor die, ob sich die Finanzkrise endgültig zu einer Wirtschaftskrise ausweiten und schließlich in eine Fiskalkrise münden wird, weil der Staat in vielen Industrieländern mit riesigen Summen das Finanz- und Wirtschaftssystem gestützt hat, weshalb nun kaum noch Mittel bereitstehen, um zum Beispiel die sozialstaatlichen Leistungen im bisherigen Maße aufrechtzuerhalten.

Daran schließt sich eine zweite bedeutende Frage an: Wird die Finanzkrise letztendlich einen »Dominoeffekt« auslösen, der schließlich auch auf die Gesellschaft durchschlägt? Müssen wir damit rechnen, weil bestimmte Gruppen die Folgen der Krise für ihren Alltag einfach nicht mehr bewältigen können und weil der zurechtgestutzte Wohlfahrtsstaat nicht mehr gegensteuern kann?

Und drittens: Wie soll man das politische Krisenmanagement im Bundestagswahljahr 2009 beurteilen? Ging die demokratisch legitimierten Akteure verantwortungsvoll mit der Krise um? Wurde kontrovers um tragfähige Antworten für die gesellschaftliche Zukunft gerungen? Bisher kann davon nicht die Rede sein.

Man könnte die Strategie zentraler Entscheidungsträger als »Mehltau«-Politik bezeichnen, mit der die Unfähigkeit, die Ursachen der Krisen und vor allem die gesellschaftlichen Konsequenzen zu diskutieren, überdeckt werden soll. Es steht zu befürchten, daß die De-Thematisierung, mit der fast das gesamte politische Spektrum der Krise begegnet ist, dem demokratischen System und seiner Legitimations- und Integrationskraft geschadet hat.

Im Zusammenhang unserer Langzeituntersuchung zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* stellte sich 2009 die Frage, inwieweit die Krise auch Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Integration hat. Das betrifft insbesondere die zeitversetzten und vielfach vermittelten Reaktionen gegenüber schwachen Gruppen; Zusammenhänge also, denen wir nun im achten Jahr nachgehen. Denn auch wenn dies angesichts der Krise in den Hintergrund geraten sein mag: Die durchaus problematischen deutschen Zustände, denen wir unser Projekt gewidmet haben, sind nach wie vor virulent.

Daß dieser achte Band der *Deutschen Zustände* in der beschriebenen Form erscheinen konnte, ist dem hohen Engagement der Kolleginnen und Kollegen im Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld zu verdanken. Andreas Zick hat mit Eva Maria Groß, Anna Klein, Daniela Krause und Rebecca Lobitz die Konzeption und den Survey 2009 entworfen und auf den Weg gebracht. Sylja Wandschneider, Wiebke Fiedler-Ebke und Ulrike Rogat haben dabei rechnerische und technische Unterstützung geleistet. Ihnen gilt – wie auch den anderen Autorinnen und Autoren – mein Dank.

W. H.

I.

Das Problem

Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen,
individuelle Verarbeitungen und Folgen für die
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

1. Verlust der ökonomischen Balance

Im September 2008 wurde eine Krise des weltweiten *Finanzsystems* offenbar, wie es sie seit 1929 nicht mehr gegeben hat. Große Krisen sind zwar Ereignisse mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit, im Ernstfall haben sie jedoch dramatische Auswirkungen auf andere gesellschaftliche Teilsysteme. Im aktuellen Fall betrifft sie insbesondere auch die *Realwirtschaft* sowie das *fiskalische System*. »Dominoeffekte« sind insbesondere deshalb bedrohlich, weil die Gefahr besteht, daß die entscheidenden Akteure die Kontrolle über die Funktionsprinzipien des Finanzsystems verlieren. Insofern überrascht es nicht, daß Regierungen weltweit mit unterschiedlichen Eingriffen – vor allem mit fiskalischen Maßnahmen – versucht haben, die Krise im Finanzsystem einzudämmen, um ein Überspringen auf die »Realwirtschaft« zu vermeiden. Makroökonomisch gesehen, ist die aus der Sicht der Weltbank (Worldbank 1998) durch positive Wachstumsraten, niedrige Inflation, niedrige Arbeitslosenquote, ausgeglichene Handelsbilanzen und ausgeglichene Staatshaushalte gekennzeichnete »Gleichgewichtskonstellation« massiv belastet worden.

Die vom Finanzsystem ausgehenden Verwerfungen sind sehr tiefgreifend und weitreichend. Jürgen Habermas betonte deshalb, daß »nicht nur die aufspießenden Begriffe, um die Obszönität der jetzigen Krise anzuzeigen, sondern auch die denunzierenden Worte, um die tonlos eingewöhnten sozialen Verwerfungen blitzartig zu beleuchten«, fehlen (2009, S. 50).

Es geht also um die Qualität einer Krise, um Strukturfragen und darum, wie die Betroffenen die Krise wahrnehmen, aber auch um gesellschaftliche Konsequenzen. Interessant wäre zu wissen, ob »klassische« Krisentheorien die Reaktionen der Politik beeinflußt haben und inwiefern sie heute noch erkläzungskräftig sind.

2. Die Krisentheorien der siebziger Jahre: Sind sie heute noch gültig?

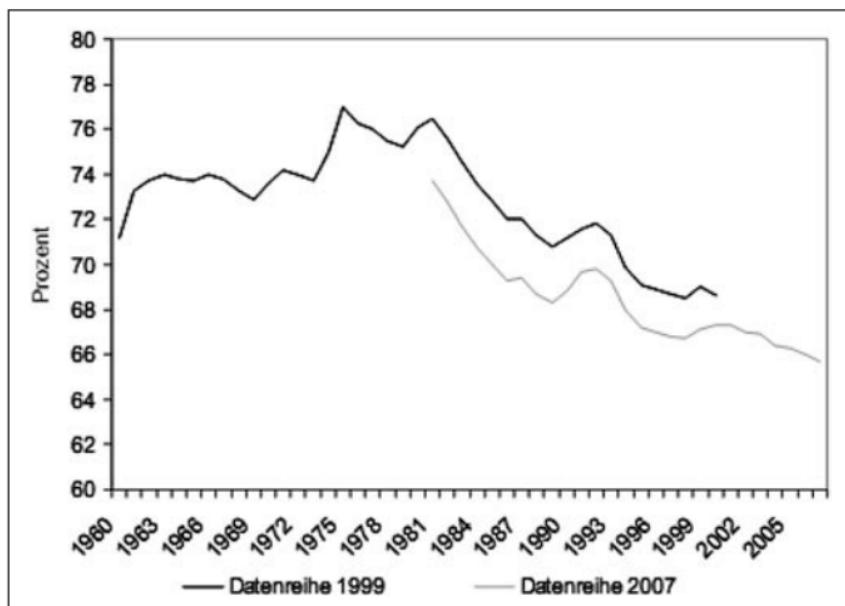
In den siebziger Jahren, in denen es noch relativ klar voneinander abgegrenzte Volkswirtschaften und nationale Regierungen mit erheblicher ökonomischer Souveränität gab, wurden zwei prominente Krisentheorien entwickelt (vgl. Schäfer 2009, S. 159-183): Die konservative Theorie von der *Unregierbarkeit* betonte die Überforderung des Staates aufgrund starker Gewerkschaften und hoher Inflation sowie wachsender Sozialausgaben infolge einer Anspruchsspirale der Bürger als Ursache der Krise. Die linke Gegenthese fokussierte dagegen auf die *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates* (Offe 2006). Die Ausweitungen der Staatsausgaben lagen in dieser Sichtweise in der Notwendigkeit begründet, »(a) immer anspruchsvollere Infrastrukturleistungen für Unternehmen zu erbringen, (b) die Reproduktion der Arbeitskraft zu sichern; sowie (c) Verwertungsmöglichkeiten für überschüssiges Kapital zu schaffen und die Folgen kapitalistischer Krisen aufzufangen« (Schäfer 2009, S. 164).

Politisch hat sich die konservative Krisendiagnose als folgenreich erwiesen, denn seit den späten siebziger Jahren verfolgten die OECD-Staaten – so Schäfer (ebd., S. 166) – eine Reformpolitik, die den Empfehlungen der Unregierbarkeitstheoretiker entsprach. Nach und nach wurde der keynesianische Wohlfahrtsstaat abgebaut und die Politik »entpolitisiert«. Zugleich schuf man Raum für eine kapitalorientierte Lohnpolitik.

Die »erfolgreiche« Umsetzung der Ratschläge dieser Krisentheorie bewirkte mit Blick auf die Lohnquote, daß die Entwicklung in den OECD-Ländern (Abbildung 1) seit Mitte der siebziger Jahre kontinuierlich nach unten zeigte. Die Lohnquote erreichte im Jahr 2008 mit 61 Prozent einen historischen Tiefpunkt. Damit ist der Anteil der Einkommen aus nichtselbstständiger Arbeit am gesamten Volkseinkommen so niedrig wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Parallel sind die Einkommen aus selbstständiger Arbeit und aus Kapitalvermögen kräftig gestiegen. Zudem haben die Arbeitnehmer erstmals seit 1949 von einem Aufschwung nicht mehr profitiert. Selbst zwischen 2004 und 2008 gingen die Reallöhne zurück.

Es sind also nicht die steigenden Ansprüche der Bürger, sondern Funktionsdefizite des Marktes und die Nebenfolgen einer auf De-

Abb. 1: Die Entwicklung der Lohnquote in 17 OECD-Ländern, 1960-2007



Daten: European Commission (vgl. 2000, S. 312-313, Tabelle 32) und Europäische Kommission (vgl. 2007, S. 96-97). Länder: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, USA.

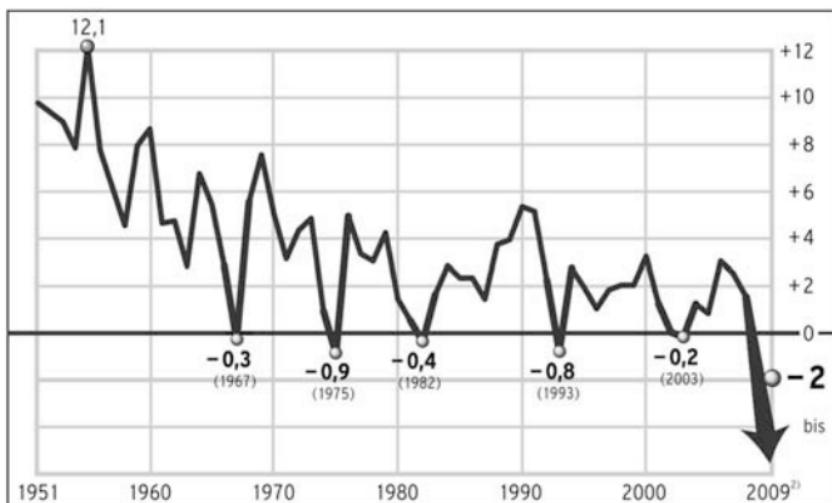
Quelle: Schäfer 2009, S. 168

regulierung ausgerichteten Politik, die in die Finanzkrise führten und deren Auswirkungen wir in ihrer Reichweite noch nicht überblicken. Daher stellen sich nicht nur Fragen nach der Komplexität der gegenwärtigen Zusammenhänge, sondern auch nach der möglicherweise chronischen Qualität der Krise.

3. Chronische Krisenhaftigkeit und Komplexität als Sicherheitsrisiko

Deshalb wäre es interessant zu wissen, ob es sich bei der jetzigen Krise lediglich um einen *Krisenzyklus* (wobei aufschlußreich ist, daß in den mathematischen Modellen der Volkswirte die Krise überhaupt nicht vorkommt) oder um eine *chronische Krise* han-

Abb. 2: Veränderung des realen BIP in Deutschland gegenüber dem Vorjahr in Prozent¹⁾



1) BIP: Bruttoinlandsprodukt, für 2009 aktuelle Prognosen

2) Prognosen von 2008: RWI: -2 %, Ifo: -2,2 %, Bundesregierung: -3 %, Norbert Walter (Deutsche Bank): -4 %, Frühjahrsgutachten 2009: -6 %

Quelle: Statistisches Bundesamt/FAZ Grafik Brocker

delt, in der es nur noch um Dämpfung und Verschleierung, nicht jedoch um »Gesundung« geht (vgl. Sloterdijk 2009, S. viii). Sollte sich zeigen, daß es sich um eine chronische Abwärtsentwicklung der Ökonomie handelt, so würde dies auf einen strukturellen Defekt der Wirtschaft hinweisen. Daten des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts nach dem Zweiten Weltkrieg legen durchaus diesen Eindruck nahe (vgl. Abbildung 2) – allen technologischen Innovationen, globalen Handelsbeziehungen etc. zum Trotz.

Nach Sloterdijk (a. a. O.) gibt es keine Krisen mehr, die zu einer Gesundung des Systems führen. Tatsächlich war ja bereits der Krisentheoretiker Marx der Überzeugung, die Krise gehöre zum kapitalistischen Wirtschaften *strukturell* dazu. Der englische Historiker Eric Hobsbawm meinte daher angesichts krisenhafter jüngerer Entwicklungen, Marx sei eigentlich erst seit dem Ende des 20. Jahrhunderts wirklich aktuell geworden (Hobsbawm 1999).

Hinzu kommt ein weiterer Faktor: Eines der großen Probleme, die heute die Beherrschung tiefgreifender Krisen so schwierig

macht, ist die zunehmende Komplexität moderner Gesellschaften. Störungen an einem Ort greifen rasch auf andere Regionen und Bereiche über, und diese Komplexität wird zum unberechenbaren Sicherheitsrisiko (Turchin 2003). Die von Systemtheoretikern postulierten »Interdependenzunterbrechungen« innerhalb eines Systems voneinander unabhängiger Teilsysteme, die solche Krisen jeweils intern produktiv verarbeiten, scheinen nicht so wirkungsvoll zu sein, wie vielfach angenommen wurde, denn die Finanzkrise schlägt gegenwärtig nicht nur auf die Realwirtschaft, sondern auch auf die Politik durch. Insofern stellt sich die Frage, welche Auswirkungen diese dramatische Krise für das Zusammenleben in der Gesellschaft haben wird. Die Antworten auf diese Frage sind offen, weil soziale Abläufe erstens zeitversetzte Effekte haben können und zweitens politische Institutionen, öffentliche Diskurse und individuelle Verarbeitungsformen je spezifische Reaktionen erzeugen, die sich aus Manipulationsversuchen, Leistungssteigerungen, aber auch Verdrängungen zusammensetzen können.

Effekte tiefgreifender Krisen scheinen nur noch beherrschbar zu sein, wenn als Reaktionen »institutionelle Lernprozesse« erfolgen – etwa im Finanzsystem. Daß Großbanken, die zuvor durch staatliche Interventionen gerettet wurden, ihren Managern bereits im Sommer 2009 wieder hohe Boni auszahlten, spricht allerdings nicht für ein Umdenken und entsprechende Lernprozesse. Damit erreicht die Dramatik eine neue Stufe. Doch eine weitere existentielle Krise wird das Finanzsystem aller Voraussicht nach nicht überleben, da dem Staat dann aufgrund seiner Überschuldung die Mittel zu notwendigen Korrekturen fehlen werden. Dabei zeichnen sich die Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise auf die liberale Demokratie bereits heute deutlich ab. Offen ist dagegen die Frage, welche Folgen diese Krise für das Zusammenleben von Gruppen innerhalb der Gesellschaft haben wird, ein Zusammenleben, das schon zuvor nicht frei war von Spannungen, Abwertungen und Diskriminierungen.

4. Wer ist wann und wie von der Krise betroffen?

Krisen wie die derzeitige lassen sich in vier Stadien unterteilen. In jedem Stadium sind bestimmte ökonomische, soziale oder poli-

tische Akteure betroffen. Zugleich werden die Institutionen selbst in Mitleidenschaft gezogen, so daß bereits absehbar ist, daß die nächsten Krisen noch schwerer zu beherrschen sein werden.

Das Stadienkonzept enthält zwei wichtige Elemente. Erstens impliziert es eine zeitliche Abfolge der Krise, das heißt, ein Krisenbereich »infiziert« den nachfolgenden Bereich (z. B. Finanzen (1), Wirtschaft (2), Staatshaushalt (3), Gesellschaft (4)). Zweitens weitet sich die Betroffenheit auf immer mehr Bevölkerungsgruppen aus, und bestimmte Gruppen werden immer härter getroffen, wobei es diesbezüglich international zu großen Variationen kommt.

Stadium 1 (Finanzkrise): Solange die Krise noch auf das Banksystem begrenzt war, blieben die Auswirkungen für die breite Bevölkerung überschaubar, da nur wenige Menschen über größere Aktienpakete verfügen. Allerdings gab es hier natürlich Ausnahmen: Als Island kurz vor dem Staatsbankrott stand, waren auch die »kleinen Leute« betroffen, da ihre Sparguthaben bei den in die Krise geratenen Banken akut gefährdet waren; als die inzwischen teilverstaatlichte englische Großbank Northern Rock im September 2007 in Schwierigkeiten geriet, bildeten sich lange Schlangen vor deren Filialen; und auf dem US-Immobilienmarkt, einer entscheidenden Schnittstelle zwischen Finanz- und Realwirtschaft, wurden seit Beginn der Krise Hunderttausende Opfer von Zwangsvollstreckungen. Hinzu kommt ein psychologisches Moment: Da die Summen, die in der Krise verlorengehen oder bewegt werden müssen, so unvorstellbar hoch sind, scheinen uns (und dieser Aspekt kommt in der Aussage von Habermas zum Ausdruck) die Begriffe dafür zu fehlen. Da die Krise als rein virtuelle Bedrohung erfahren wird, entsteht kein Anreiz zu kollektiver Mobilisierung, sondern es bleibt bei privater Wut, die kaum öffentliche Folgen zeitigt.

Stadium 2 (Wirtschaftskrise): Da sich jedoch relativ schnell abzeichnete, daß die Krise auch auf die Realwirtschaft und den Arbeitsmarkt übergreifen könnte, intervenierten Regierungen in aller Welt, um den Ausfall systemrelevanter Banken zu verhindern und über Finanzspritzen, Konjunkturpakete und Kurzarbeiterprogramme die ökonomischen Folgen abzudämpfen. Allerdings hatte bereits vor der Subprime-Krise ein Abschwung auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt (auch wenn die tatsächlichen Zahlen noch nicht so dramatisch waren, vgl. DGB 2009). Als die Auswirkungen der Krise in den USA auch Deutschland erreichten, wuchs die

Anzahl der Betroffenen jedoch drastisch an. Das gilt vor allem für die inzwischen 6,7 Millionen Hartz-IV-Empfänger und ihre Familien. Diese Personen, die von den neuen Arbeitsmarktinstrumenten schon vor der Krise nicht profitierten (vgl. Allmendinger et al. 2009), stecken nun dauerhaft im Hartz-IV-System fest. Besonders düster stellt sich die Situation dabei in Regionen dar, in denen sich die ökonomische Situation bereits seit Jahren negativ entwickelt hat.

Stadium 3 (Fiskalkrise): Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht absehbar, welche langfristigen Folgen die massiven kurzfristigen Interventionen der Regierung für den Staatshaushalt und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit haben werden. Diese Probleme des Staatshaushaltes sind jedenfalls nicht, wie die konervative Krisentheorie mit ihrer Unregierbarkeitsthese postuliert, aufgrund einer Anspruchs inflation der Bevölkerung entstanden. Der Grund liegt vielmehr in den Folgen der neoliberalen Deregulierungspolitik. Dies dürfte auch Auswirkungen auf das demokratische System haben, denn der keynesianische Wohlfahrtsstaat war ein überaus wirkungsvoller gesellschaftlicher Integrationsmodus (vgl. den Beitrag von Heribert Prantl in diesem Band) und ein wichtiges demokratisches Instrument, wenn es darum ging, Massenloyalität und Unterstützung zu sichern. Heute stehen der keynesianische Wohlfahrtsstaat und die »soziale Marktwirtschaft« allerdings am Abgrund, die Staatsverschuldung steigt rapide und schränkt staatliche Handlungsspielräume weiter ein, so daß die Steuerpolitik zukünftig zum beherrschenden Thema werden und dramatische Konflikte heraufbeschwören dürfte. Da zugleich die Mittelschicht weiter schrumpft und die soziale Polarisierung steigt, geht Vogel (2009a) davon aus, daß nicht nur Wohlstandskonflikte zunehmen, sondern auch die Abgrenzung der Wohlhabenden (2009b) gegenüber anderen weniger privilegierten Gruppen steigt, was zusätzliche Desintegrations- und Abwertungsprozesse nach sich ziehen kann. Hinzu kommt, daß die Rücklagen der Agentur für Arbeit im Frühjahr 2010 aufgebraucht sein werden (Weise 2009, S. 26), um soziale »Abpufferungen« von Wohlstandskonflikten zu gewährleisten. Insofern stecken in dieser Krise weit weniger Chancen, als dies von manchen Seiten politisch kolportiert wird.

Stadium 4 (Gesellschafts- und Staatskrise): Extrapoliert man die in den ersten drei Bereichen zu beobachtenden Trends in die

Zukunft, dann wird klar, daß die soziale Ordnung schon bald gewaltig unter Druck geraten wird. Vor diesem Hintergrund ist auch die These, der Staat habe durch seine Eingriffe und Regulierungsmaßnahmen die zuvor verlorene wirtschaftspolitische Initiative zurückgewonnen, mehr als zweifelhaft (vgl. Heitmeyer 2001). Genschel und Nullmeier (2008, S. 15) sind diesbezüglich mehr als skeptisch: »Die Renaissance des starken Staates ist [...] eine optische Täuschung [...]. Ein Staat [...], der, koste es, was es wolle, jede größere Bank retten muß, weil sonst der Kollaps droht, ist erpreßbar und schwach [...]. Der Staat wurde in der aktuellen Finanzkrise zu einer Demonstration der Stärke gezwungen, die seine strukturelle Schwäche zeigt. Er ist vom Kapitalismus abhängig und kann ihn deshalb nicht wirkungsvoll domestizieren.«

Die Ordnung des Gesamtsystems gerät in Gefahr, wenn die bereits angedeuteten »institutionellen Lernprozesse« nicht einsetzen. Daran gibt es derzeit aufgrund der kapitalgesteuerten organisierten Unverantwortlichkeit aber große Zweifel, einer Unverantwortlichkeit, die auch das letzte Vertrauen dahinschmelzen lässt, das demokratische System habe effektive Krisenlösungen und nicht nur Scheinlösungen parat. Deshalb wird vielerorts »Demokratiealarm« ausgerufen, weil sich die Dirigenten der Finanzmärkte aus der Demokratie zurückziehen (vgl. den Beitrag von Heribert Prantl in diesem Band). Unter diesen Bedingungen kann ein autoritärer Kapitalismus aus eigener Machtvollkommenheit seine Prinzipien durchsetzen und vielfältige Kontrollverluste erzeugen (Heitmeyer 2001, S. 506ff.). Dazu gehören die schon angedeuteten politisch-institutionellen Kontrollverluste nationalstaatlicher Politik ebenso wie die kollektiven politischen Kontrollverluste jener gesellschaftlichen Organisationen, die lange zur Zähmung des Kapitalismus beigetragen haben, etwa die Gewerkschaften. Die politischen Kontrollverluste der Bürger resultieren aus der Anonymität internationaler Entscheidungsorgane, weil die Entscheidungsvorgänge dort für sie nicht transparent sind. Zwei weitere, zentrale Kontrollverluste beziehen sich auf soziale Zustände. Sie fokussieren damit stärker auf individuelle Krisenaspekte, die sich zum Beispiel auf die Kontrollmöglichkeiten der sozialen Statussicherung beziehen. Dazu gehört die »Mal-rein/mal-raus-Arbeitslosigkeit«, die im Zusammenhang mit ineffizienten Arbeitsmarktinstrumenten und der ungewissen Dauer von Krisenprozessen besondere Bedrohungsgefühle auslöst. Da-